

Estland

Tobias Etzold

In Estland gewann die oppositionelle konservativ-liberale Reformpartei sowohl die nationalen als auch die europäischen Parlamentswahlen 2019. Die Regierung wird jedoch erneut von der linksliberalen Zentrumsparterie angeführt und schließt erstmals die europakritische Estnische Konservative Volkspartei (EKRE) mit ein. Der bisherige europafreundliche Kurs Estlands änderte sich bis dato jedoch nicht.

Innenpolitik: nationale Parlamentswahlen und Regierungsbildung

Am 3. März 2019 fanden in Estland Parlamentswahlen statt. Die zentralen Themen dabei waren die Schul-, Steuer- und Rentenpolitik sowie Estlands Verhältnis zu Russland. Die bis 2016 lange regierende aber dann in die Opposition gedrängte konservativ-liberale Reformpartei gewann klar mit fast 29 Prozent vor der regierenden links-liberalen Zentrumsparterie von Ministerpräsident Jüri Ratas, die traditionell der russisch-sprachigen Bevölkerung Estlands nahesteht, mit 23,1 Prozent. Die regierende Dreierkoalition aus Zentrum, Konservativen und Sozialdemokraten verlor ihre Mehrheit. Die große Gewinnerin war die rechtspopulistische, fremdenfeindliche und europaskeptische EKRE. Sie steigerte sich von 9,7 auf 17,8 Prozent und gewann 12 Parlamentssitze hinzu.¹ Ihr Erfolg zeigt, dass das als sehr europafreundlich geltende Estland, in dem aber viele Menschen im europäischen Vergleich nach wie vor als arm gelten, vor Rechts- und EU-Populismus nicht gefeit ist. Aufgrund von offen rassistischen Aussagen und von Angriffen auf die Pressefreiheit hatten die etablierten Parteien eine Zusammenarbeit mit EKRE ausgeschlossen. Die junge Chefin der Reformpartei Kaja Kallas scheiterte bei ihrem Versuch der Bildung einer Minderheitsregierung aus Reformpartei und Sozialdemokraten an der Ablehnung von 53 der 100 Abgeordneten. Obwohl anfangs dafür offen, hatte Ratas Kallas Angebot einer großen Koalition abgelehnt. Er bildete schließlich eine von vornherein umstrittene Regierung aus Zentrumsparterie, EKRE und der konservativen Partei Pro Patria, obwohl auch er zunächst gegen eine Zusammenarbeit mit EKRE war. EKRE gelang es ihre Antimigrationspolitik im Koalitionsvertrag durchzusetzen und erhielt Schlüsselressorts wie Inneres und Finanzen.

EU-Politik

Während EKRE ein europapolitischer Kurs wie der Polens und Ungarns vorschwebte, beteuerte Ministerpräsident Ratas, dass EKREs Regierungsbeteiligung keinen negativen Einfluss auf Estlands Pro-EU- und NATO-Politik habe.² Die estnische Bevölkerung befürwortet mehrheitlich die EU-Mitgliedschaft und hat hohes Vertrauen in die Europäische Union.³

-
- 1 Für alle Zahlen siehe: Spiegel Online: Machtwechsel in Estland – Liberale Oppositionspartei gewinnt Parlamentswahl, 4.3.2019.
 - 2 Matthias Kolb/Kai Strittmatter: Europas Musterschüler driftet langsam nach rechts, in: Süddeutsche Zeitung, 20.5.2019.
 - 3 Fabian Schmidt: In Estland ist das Vertrauen in die EU so hoch wie fast nirgendwo – trotzdem erstarken die Rechten, in: Bento, 23.5.2019.

Aus den Wahlen zum Europäischen Parlament am 26. Mai 2019 ging erneut die Reformpartei mit 26,2 Prozent und zwei von sechs estnischen Sitzen als Gewinnerin hervor. Die Zentrumspartei von Ministerpräsident Roivas verlor 8 Prozentpunkte. Mit nur noch 14,4 Prozent und einem Sitz zahlte sie einen Preis dafür, dass sie eine Koalition mit der rechtspopulistischen EKRE, die mit den russischsprachigen WählerInnen ihr Kernklientel beleidigte, eingegangen war. EKRE selbst erhielt erstmals mit 12,7 Prozent einen Sitz im Europäischen Parlament, verlor aber im Vergleich zur nationalen Wahl. EKRE hatte im Wahlkampf vor den „Vereinigten Staaten von Europa“ gewarnt.⁴ Die Sozialdemokraten konnten deutlich auf 23,3 Prozent zulegen, womit sie zwei Sitze erhielten. Die Wahlbeteiligung stieg von 47,3 auf 53,4 Prozent an und lag damit über dem europäischen Durchschnitt von 50,9 Prozent.⁵

Kurz vor den Wahlen gedachte Estland seines Beitritts zur Europäischen Union vor 15 Jahren. Laut dem neuen Außenminister Urmas Reinsalu habe die EU-Mitgliedschaft Estland mehr Einfluss verschafft, die Sicherheit verstärkt, das wirtschaftliche Wachstum unterstützt und die Menschen mit weiteren Freiheiten und Rechten ausgestattet.⁶

Die estnische Regierung sprach sich für die Beibehaltung der Einstimmigkeit in der EU-Außen- und Sicherheitspolitik und für eine Verbesserung der Zusammenarbeit aus. So forderte Estland die anderen EU-Mitgliedstaaten dazu auf, gegenüber Russland mit einer Stimme zu sprechen, die EU-Sanktionen zu verlängern und Russlands Einfluss durch einen Stopp der deutsch-russischen Gaspipeline Nord Stream 2 zurückzudrängen.

Außenpolitik

Neben Europäischer Union und NATO standen 2018 bis 2019 auch die Vereinten Nationen im Mittelpunkt des außenpolitischen Interesses Estlands. Im November 2018 lehnte Estland den UN-Migrationspakt ab, da es den damaligen drei Koalitionspartnern nicht gelungen war, eine einheitliche Linie zu finden. Während sich Zentrumspartei und Sozialdemokraten für den Pakt aussprachen, befürchtete die konservative Pro Patria, dass das Abkommen Teil des internationalen Gewohnheitsrechts werde und dadurch die nationale Regelungshoheit hinsichtlich Migration einschränke.⁷

Im Juni 2019 wurde Estland zum ersten Mal für 2020 bis 2021 in den UN-Sicherheitsrat gewählt. Das Außenministerium sprach von einem historischen, großartigen Ereignis: „membership would make Estonia significantly greater on the world map.“⁸ Estlands Schwerpunkte werden das Einbringen der eigenen Erfahrungen beim Aufbau eines digitalen Staats, Klima und Umwelt und ein effizientes Funktionieren des Sicherheitsrats sein. Damit stehen Estland in naher Zukunft große und herausfordernde Aufgaben bevor.

Weiterführende Literatur

Riina Kaljurand/Piret Kussik: Waiting for Godot? Estonian Perception of Germany in the Security of the Baltic Sea Region, in: Andris Spruds/Elizabete Vizgunova (Hrsg.): Perceptions of Germany in the Security of the Baltic Sea Region, Riga 2018, S. 64-76.

4 Schmidt: In Estland ist das Vertrauen in die EU so hoch wie fast nirgendwo, 2019.

5 Für alle Zahlen siehe: <https://europawahlergebnis.eu/nationale-ergebnisse/estland/2019-2024> (letzter Zugriff: 1.8.2019).

6 Ministry of Foreign Affairs: Statement of Foreign Minister Urmas Reinsalu on the 15th anniversary European Union membership, 1.5.2019.

7 Spiegel Online: Estland sagt Nein zu Uno-Migrationspakt, 15.11.2018.

8 Ministry of Foreign Affairs: Foreign Minister Reinsalu: membership of the UN Security Council makes Estonia greater on the world map, 7.6.2019.